

# Globale Nachhaltigkeitsziele: Auch Deutschland ist gefordert!

Stellungnahme des Bischöflichen Werks für Entwicklungszusammenarbeit  
MISEREOR  
zum Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vom 30. Mai 2016

Vom 25. bis zum 27. September 2015 wurden auf dem Gipfel der Vereinten Nationen in New York unter dem Motto „Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development“ neue Globale Nachhaltigkeitsziele (SGDs) verabschiedet. Ein wesentlicher Teil der Umsetzung in Deutschland bildet die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Am 31. Mai 2016 hat die Bundesregierung den Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (NHS) zur Kommentierung vorgelegt. Das Bischöfliche Werk für Entwicklungszusammenarbeit MISEREOR begrüßt den vorliegenden Entwurf als notwendigen Schritt hin zur Umsetzung der SDGs in Deutschland und weltweit. Wir heben insbesondere hervor, dass sich die NHS an allen 17 SDGs ausrichtet, die in ihrer Gesamtheit aus ent-

wicklungspolitischer Perspektive von Bedeutung sind.

Die Menschheit sieht sich derzeit einer Reihe schwerwiegender politischer, ökonomischer und ökologischer Herausforderungen gegenüber. MISEREOR ist überzeugt, dass ohne ein verantwortliches internationales Handeln und einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel diese nicht zu bestehen sein werden. MISEREOR betrachtet die Herausforderungen des Klimawandels, der Welternährung, von Krieg und Gewalt und die zunehmende Macht von Wirtschafts- und Finanzakteuren vor allem aus der Perspektive der Armen und Rechtlosen heraus. Globale Lösungsansätze können nicht einfach auf der Basis eines „weiter so!“ formuliert werden. Wandel oder Transformation heißt aus christlicher Sicht v. a., die Menschenrechte für alle Menschen weltweit zu

achten und zu schützen. Dieser Wandel kann mit dem Begriff des „Weltgemeinwohls“ beschrieben werden. Wollen wir allen Menschen auf dieser Welt das gleiche Recht auf ein gutes Leben zugestehen, müssen wir unseren Lebensstil drastisch überdenken. Papst Franziskus hat in seiner Enzyklika „Laudato Si“ klar gemacht, dass Freiheit, Verantwortung und Teilhabe ungleich verteilt sind. Franziskus stellt damit das bisherige Projekt der Moderne zur Diskussion, er fordert verbindliche Schritte hin zu einer Transformation zu zukunftsfähigen Gesellschaften. Aus der Sicht von MISEREOR bietet die NHS eine geeignete Grundlage für die notwendige gesellschaftliche Diskussion und die damit verbundenen politischen Weichenstellungen - hin zu einer nachhaltigen und gerechteren Gesellschaft und zu einem globalen solidarischen Miteinander.

Ausdrücklich begrüßen wir, dass sich die Universalität der Gültigkeit der Agenda 2030 für alle Staaten als Grundprinzip in der NHS wiederfindet. Es wird damit deutlich, dass alle Staaten dieser Welt Entwicklungsländer sind, wenn es um nachhaltige Entwicklung geht. Auch Deutschland muss vieles ändern! Wir regen an, dieses Prinzip daher noch deutlicher entlang der drei Handlungsebenen für Deutschland (Auswirkungen in Deutschland, mit Deutschland und durch Deutschland in der Welt) und konsequent auf alle 17 Ziele anzuwenden.

Kritisch merken wir an, dass der der NHS zugrundeliegende Nachhaltigkeitsbegriff mit dem „Ausbalancieren der drei Dimensionen“ nicht zeitgemäß erscheint. In Anbetracht des wissenschaftlichen Kenntnisstands um die absoluten planetaren Grenzen für viele Ressourcen muss das Primat der Nachhaltigkeit klar sein und mögliche Interessenskonflikte deutlich benannt werden. Zudem sollte auch die internationale Dimension von Nachhaltigkeit stärker betont werden. Zu diesem Zwecke erscheint es geeignet, wenigstens jedem Unterziel einen Indikator mit internationalem Bezug zuzuordnen.

Wir wünschen uns von der Bundesregierung, mit der NHS ein ambitioniertes Leitbild für eine notwendige ökologisch-soziale Transformation, ganz im Sinne der Agenda

2030, zu zeichnen. Zu diesem Zweck ist auch eine Rückbesinnung auf die Arbeiten des WBGU im Jahr 2011 sowie der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ in der letzten Legislaturperiode sinnvoll. Wenn es „um nicht weniger als um alles geht“, wie die Bundesregierung selbst formuliert hat, dann ist das Ambitionsniveau an vielen Stellen der NHS noch zu schwach.

Mit Sorge sehen wir, dass die NHS kaum Selbstkritik am bestehenden deutschen Wachstums- und Wohlstandsmodell enthält. Auch nachhaltiges, grünes und inklusives Wachstum in Deutschland ist kein zukunftsfähiges und globalisierbares Entwicklungsmodell. Deutschland täte gut daran, nicht nur die Erfolge der deutschen Nachhaltigkeitspolitik zu beleuchten, sondern auch auf Hürden und Herausforderungen einzugehen. So sollten zweifelsfrei bestehende Zielkonflikte an den Schnittstellen vieler in der NHS angesprochener Politikbereiche offen und ehrlich benannt werden. MISEREOR ist der Ansicht, dass sich eine offene Diskussion über mögliche Konfliktfelder lohnt.

1. **Wer über Wachstum redet, sollte über Suffizienz nicht schweigen!**

Das Ziel 8 fällt in seiner bisherigen Formulierung „Wirtschaftliches Wachstum trägt maßgeblich dazu bei, Wohlstand, gute Arbeitsplätze und Lebensqualität zu schaffen“<sup>1</sup>, noch hinter die Zielsetzungen der Agenda 2030 für nachhaltiges und inklusives Wachstum zurück. Der Konflikt zwischen Wachstum und Endlichkeit der globalen Ressourcen wird nicht eindeutig genug thematisiert oder nur auf die Effizienzperspektive reduziert. Die Konflikte, die es diesbezüglich in der Politik, aber auch innerhalb unserer Gesellschaft und in den internationalen Beziehungen Deutschlands zu Drittstaaten gibt, sind klar herauszustellen und zu bearbeiten. Statt faktisch auf ein „Weiter so!“ zu setzen, muss die

---

<sup>1</sup> vgl. NHS S.43, S.125 und S.140

NHS einen Impuls für einen tiefgreifenden Wandel unserer Wirtschaft und unseres westlich geprägten Konsum- und Produktionsverhaltens bieten.

## 2. Wer über Armut und Ungleichheit redet, sollte über Reichtum nicht schweigen!

Auch der bestehende Zielkonflikt zwischen dem Wachstumsziel 8 und dem Ziel 10 zu Ungleichheit sollte klar und offensiv benannt werden. Aus Sicht von MISEREOR müssen vor allem die negativen Auswirkungen unseres Wirtschaftens und Handelns auf die Lebensbedingungen der Menschen in anderen Teilen der Welt minimiert und unser ökologischer Fußabdruck reduziert werden. Im Sinne einer politisch kohärenten Nachhaltigkeitspolitik gilt es, die Folgen problematischer Politikbereiche, wie z. B. die Handels-, Wirtschafts-, Finanz- oder Landwirtschaftspolitik, noch deutlicher an den Zielen der NHS auszurichten und notwendige Reformen einzuleiten. Kohärenz ist nicht bloß „eine weitere Herausforderung“<sup>2</sup>, sondern zentral für eine gelingende Nachhaltigkeitspolitik. Da es sich letztlich um das Schlüsselement der Umsetzung der NHS handelt, schlägt MISEREOR vor, das Prinzip der „politischen Kohärenz für nachhaltige Entwicklung“ als eigenes Ziel in der NHS zu verankern.

Der Entwurf der NHS wirkt in der Auflistung der vielfältigen Vorhaben der Bundesregierung zur Stärkung der deutschen Nachhaltigkeitspolitik nicht wie ein kohärentes und bedarfsorientiertes strategisches Gesamtkonzept, sondern wie eine lose Auflistung der den Ressorts wichtigen Themenfeldern und Einzelinitiativen. MISEREOR kritisiert insbesondere, dass nicht ausreichend deutlich wird, ob die aufgeführten Maßnahmen geeignet und ausreichend

sind, um die jeweiligen Unterziele bis 2030 zu erreichen. Wir empfehlen daher, der NHS eine bedarfs- und wirksamkeitsorientierte und mit konkreten Zeitmarken versehene Maßnahmenstrukturierung an die Seite zu stellen, nicht zuletzt als geeignete Grundlage für zukünftige Fortschrittsbewertungen.

Wir begrüßen, dass im Entwurf der NHS der Zivilgesellschaft eine wesentliche Rolle bei der Erreichung der Ziele der Agenda 2030 zugesprochen wird und geprüft werden soll, wie die „Belange der Zivilgesellschaft noch stärker einbezogen werden können“. Aus unserer Sicht greift ein reiner Prüfauftrag aber zu kurz. Um die Beteiligung der Zivilgesellschaft im Zuge der Umsetzung der NHS sicherzustellen, erwarten wir von der Bundesregierung einen Vorschlag für die strukturierte zivilgesellschaftliche Beteiligung, beispielsweise im Rahmen einer zivilgesellschaftlichen Dialogplattform. Die NHS sollte damit festlegen, welche regelmäßigen, offenen und institutionalisierten Partizipationsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft eingerichtet werden sollten.

Letztlich sehen wir auch hinsichtlich der vorgeschlagenen Indikatoren noch wesentlichen Nachbesserungsbedarf. So fehlen in den entwicklungspolitisch bedeutsamen Bereichen wie Armut, Hunger, Bildung, Gesundheit und Energie internationale Indikatoren komplett. Gerade in diesen Kernsektoren einer nachhaltigen Entwicklung ist es aber erforderlich, die Messung der deutschen Beiträge zur weltweiten Verringerung von Armut und Hunger sowie zur Verbesserung von Bildung, Gesundheit und nachhaltiger Energieversorgung mit aussagekräftigen Indikatoren zu unterlegen. Solche Indikatoren können z. B. sein: Anteil der Entwicklungszusammenarbeit, die für Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung und Förderung kleinbäuerlicher ländlicher Entwicklung eingesetzt werden; Anteil der Senkung von Mütter- und Kindersterblichkeit, die durch deutsche Projekte und Programme erzielt werden oder die Schulabschlussquote in unseren Partnerländern.

Grundsätzlich sehen wir Nachbesserungsbedarf bei der systematischen und expliziten Grundausrichtung der Indikatoren an den universellen Menschenrechtsnormen.

---

<sup>2</sup> Vgl. NHS S.39

Dies ist notwendig, um das in der Agenda 2030 verankerte Prinzip „Niemanden zurücklassen“ in der politischen Praxis umzusetzen. Denn alle Ziele und Unterziele können erst dann als erreicht gelten, wenn auch die ärmsten und am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen diese erreicht haben. Das Grundprinzip „Niemanden zurücklassen“ sollte allen Unterzielen und Indikatoren zugrunde liegen und in ihrer Ausprägung deutlich werden.

Einige der vorgeschlagenen Indikatoren der NHS sind nicht ausreichend geeignet, real existierende Missstände und mögliche Menschenrechtsverstöße zu erfassen oder setzen nicht an der Messung der Ursachen an. So soll beim Thema Frieden und Sicherheit die Anzahl der Projekte zur Sicherung und Zerstörung von Kleinwaffen als Indikator dienen. Wäre da nicht die Messung der Begrenzung und schrittweisen Reduzierung des deutschen Exports von Kleinwaffen ein aussagekräftigerer Indikator? Auch beim Thema Wirtschaftswachstum reicht das Bruttoinlandsprodukt alleine als Indikator keinesfalls aus, um Fortschritte zu belegen. Um Verteilungs- und Wohlfahrtsaspekte in den Blick zu nehmen, sollte mindestens ein weiterer Indikator zu Wohlfahrtsmessung ergänzt werden.

Besonderes Augenmerk sollte gelegt werden auf die Definition von (internationalen) Indikatoren, mit denen auch in den „problematischen“ Politikbereichen Deutschlands, wie z. B. Handelspolitik, Finanzpolitik,

Agrarpolitik, Sicherheits- und Rüstungsexportpolitik Veränderungen erfasst werden können. Revidiert werden muss auch die Zielvorgabe, die ODA-Quote von 0,7-Prozent bis zum Jahr 2030 erreichen zu wollen. Wir wollen beim Zieljahr 2020 bleiben, auch um der politischen Glaubwürdigkeit Deutschland willens. Zusätzlich aufgenommen werden sollte das - zuletzt auf der UN-Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Addis Abeba bekräftigte – Ziel, 0,15 bis 0,20 Prozent des BNE zur Unterstützung der ärmsten Länder (LDCs) einzusetzen. Wichtig bleibt, die ODA Quote nicht künstlich durch Einbeziehung sachfremder Leistungen zu erhöhen.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass die NHS als Prozess und lebendes Dokument zu sehen ist. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Flexibilität hinsichtlich der Ziel-, Maßnahmen- und Zielgrößenformulierung, die ein möglichst frühzeitiges Gegensteuern im Falle einer möglichen Zielverfehlung ermöglicht.

MISEREOR wird sich in diesem Sinne für die Verbesserung der NHS einsetzen und sieht der Überarbeitung und Weiterentwicklung des Entwurfs der NHS, die ein Instrument für die Gestaltung einer lebenswerten und gerechten Welt sein kann, mit großem Interesse entgegen.

27.7.2016